

## Badenbrief 11/06

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder der Landesvereinigung,

als Prof. Weihnacht mit dem Vorstand der Landesvereinigung vor Jahresfrist die Themen der Vortragsveranstaltung im Rahmen des Jubiläums Programms „200 Jahre Großherzogtum Baden“ konzipierte dachte niemand daran, dass der Vortrag von Dr. Peter Michael Ehrle, dem Leiter der Badischen Landesbibliothek am 28.09. über das Thema „vom Markgräflichen Sammeleifer zur staatlichen Erwerbungspolitik. Zur Geschichte der Badischen Landesbibliothek“ eine brisante Aktualität erfahren würde. Wie eine Bombe schlug die Nachricht aus Stuttgart bei allen kulturbewussten Bürgerinnen und Bürgern nicht nur in Baden, sondern ohne Übertreibung in der ganzen Welt ein, dass die Landesregierung beabsichtigt, wertvolle Handschriften aus dem Bestand der Badischen Landesbibliothek verkaufen wolle, um das markgräfliche Haus in einer Höhe von -zunächst 70 Millionen- heute sind es 30 Millionen zu entschädigen. In den Medien ist so ausführlich darüber berichtet worden, dass wir es uns ersparen können, nähere Einzelheiten darzustellen. Es bleibt für uns nur die Konsequenz, weiterhin möglichst viele Unterschriften für den Erhalt, nicht nur der Handschriften, sondern auch des Kulturguts in den Museen zu sammeln, um die Landesregierung ein für alle mal vom Verkauf von Kulturgut des Landes abzubringen.

Wir sind der Meinung, dass die notwendigen Mittel aus der Landesstiftung erbracht werden müssen, die durch 900 Millionen aus dem Verkauf der Badischen Gebäudeversicherung und sogar 3,8 Milliarden aus dem Verkauf der Aktien des Badenwerks gespeist wurde. Wenn es Ministerpräsident Günther Oettinger gelingt, entsprechende Spenden zu sammeln, ist es recht, aber wir müssen doch warnen, wenn Firmen, die im Zeitalter der Globalisierung auch nicht vor Insolvenz geschützt sind, Kunstwerke kaufen, als Leihgabe den Museen zur Verfügung stellen und die Gefahr besteht, dass eines Tages Gläubiger auf diese Werke ihre Hand legen. Wir können immer wieder nur darauf hinweisen, dass in der Vergangenheit auch in Notzeiten keine Regierung auf die Idee kam, Kunstwerke zu veräußern. Erstaunt sind wir allerdings auch, dass die Markgräfliche Familie das Testament des letzten Großherzogs Friedrich des II missachtet, der festgelegt hatte, „dass seine Kunstsammlungen unverkäuflich sind, es sei denn dass für Erbschaftssteuer nicht genügend Geld zur Verfügung stünde“. Um Erbschaftssteuer geht es jedoch nicht!

Heute am 29.10.2006 liegen uns bereits über 12 000 Unterschriften vor, aber ich appelliere an Sie alle, dass Sie weiterhin Unterschriften sammeln, um der Landesregierung und dem Markgräflichen Haus deutlich zu machen, dass wir mit einem Verkauf unter keinen Umständen einverstanden sein können. Sofern es Ihnen möglich ist, laden Sie die in unserer Homepage befindlichen Listen herunter, sammeln Sie Unterschriften oder fordern bei uns Listen an, die wir Ihnen gerne zuschicken werden. Sie können Ihre Unterschrift auch direkt in die Liste elektronisch eintragen.

Heute möchte ich Sie auf unsere Veranstaltungsreihe „200 Jahre Baden-Freiheit verbindet“ nochmals hinweisen. Programm im Anhang.

Zu diesen Veranstaltungen laden wir Sie im Namen des Vorstandes und der Referenten sehr herzlich ein.

Wir führen zur Zeit mit den Fraktionsvorsitzenden im Landtag Gespräche und fordern eine höhere Beachtung der Interessen des Badischen Landesteils. Immer mehr zeigt sich, dass die Landesregierung den Forderungen aus dem mittleren Neckarraum größere Beachtung schenkt,

als den Anliegen im gesamten Land. Wenn es um das Projekt Stuttgart 21 oder die Messe auf den Fildern geht, hören wir nichts von finanziellen Engpässen. So muss bereits vor Fertigstellung des Messegeländes eine Nachfinanzierung in Höhe von 42 Millionen Euro gesichert werden und das Projekt Stuttgart 21 verschlingt Milliarden. Landesplanerisch ist, es nach unserer Auffassung, genauso wenig wie stadtplanerisch vertretbar, denn der bereits heute überlastete Stuttgarter Raum verkraftet keine weitere Konzentration von Arbeitsplätzen, wie die ständigen Staus in die Innenstadt von Stuttgart täglich beweisen. Auch bei einer verbesserten öffentlichen Infrastruktur werden viele nicht auf das Auto verzichten und die Straßen der Innenstadt weiter Verstopfen.

Es wäre sehr viel vernünftiger wenn Stuttgart dem Beispiel von München und Frankfurt genauso wie Leipzig folgen würde und von diesem kostspieligen, das Land unverantwortlich belastenden Großprojekt Abstand nehmen würde. Wir begrüßen das ehrgeizige Ziel des Ministerpräsidenten Oettinger der Verringerung der Schuldenlast und unterstützen ihn dabei, aber in diesem Konzept ist Stuttgart 21 schon gar nicht vertretbar.

Für die Magistrale Europa von Paris nach Budapest würde es völlig genügen, wenn vier Gleise nach unten gelegt würden. Leider verfolgt die Landesregierung nicht- wie wir es ständig fordern- die Verkehrsbauten im badischen Landesteil voranzubringen. Der Ausbau der ICE Strecke durch die zweitgrößte Stadt Baden-Württembergs Mannheim wird genauso wenig energisch verfolgt, wie der Ausbau der Oberrheinstrecke und die Verknüpfung der ICE-TGV-Strecke der Appenweierer Kurve und dem Rastatter Tunnel. Diese Projekte kosten weit weniger als das Großprojekt Stuttgart 21 und sind für die Magistrale so unabdingbar wie der Ausbau der Strecke Stuttgart-München.

Es gibt darüber hinaus noch eine ganze Reihe von „Baustellen“ über die wir mit Vertretern des Landtags und Ministerpräsident Oettinger und seiner Regierung im Gespräch sind. Wir dürfen nur nennen: Entschädigung für den Abzug von Messen in Sinsheim, Ausbau der Musikhochschule in Karlsruhe und Erweiterung des Generallandesarchivs, Restaurierung der Schlossgärten in Karlsruhe bis zum Stadtgeburtstag 2015, die Verbesserung der Finanzkraft der Stadt Baden-Baden, die seit der Wegnahme der Spielbankabgaben für Baden-Baden in finanziellen Nöten ist und die Erhaltung der Gartenakademie in Heidelberg, sowie ein umweltverträglicher Ausbau der Bahnstrecke in Offenburg.

Sie sehen meine Damen und Herren, dass wir weiterhin viel Arbeit haben und wir bitten Sie unsere Veranstaltungen zu besuchen, Unterschriften zu sammeln und die Interessen Badens aktiv zu unterstützen.

Mit den besten badischen Grüßen

Ihr

1. Vorsitzender Prof. Robert Mürb

1. Stellvertreterin Gerlinde Hämmerle